



Ratsfraktion Oerlinghausen

08.03.2017

Stattdfinden/Absage von Ausschusssitzungen

Ratssitzung am 23.03.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 23.03.2017:

ANTRAG

1. Die für das Jahr 2017 terminierten Ausschusssitzungen finden wie geplant statt.
2. Die Ausschussvorsitzenden, die für diese Aufgabe und das damit einhergehende Engagement ab Januar 2017 eine Entschädigung erhalten, gestalten die Tagesordnungen aktiv mit, tragen Sorge für die kontinuierliche Bearbeitung von Themen und Konzepten und bringen auch in die Zukunft gerichtete Themen ein.
3. Eine Änderung der Hauptsatzung (im Hinblick auf § 46 GO) wird geprüft.

BEGRÜNDUNG

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ wird eine Änderung des §46 der Gemeindeordnung mit dem Ziel der Stärkung des Ehrenamtes in der Kommunalpolitik vorgenommen. Und zwar normiert § 46 der Gemeindeordnung, dass nunmehr auch Vorsitzende von Ausschüssen des Rates mit Ausnahme des Wahlprüfungsausschusses neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 zustehen, eine vom für Inneres zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung festzusetzende angemessene Aufwandsentschädigung (Entschädigungsverordnung NRW) erhalten. Dies führt zu einer nicht unerheblichen finanziellen Mehrbelastung.

§ 46 regelt weiter, dass in der Hauptsatzung weitere Ausschüsse von der Regelung ausgenommen werden können. Unabhängig davon bleibt es aber den Ausschussvorsitzenden unbenommen, auf ihre Aufwandsentschädigung freiwillig zu verzichten!

Denn im Kontrast dazu stehen zahlreiche Terminabsagen für geplante Ausschusssitzungen im letzten Jahr und zu Beginn des Jahres 2017. Über diese Entwicklung zeigt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besorgt. Zum einen werden gute Gelegenheiten verpasst, die Ausschussmitglieder über laufende Themen „auf den

aktuellen Stand zu bringen“, zum anderen ist es kaum nachvollziehbar, dass keine Themen zur Beratung anstehen und -standen, mit denen sich die Ausschüsse sachlich und lösungsorientiert hätten befassen können.

So ergeht ein Appell an Ausschussvorsitzende und Verwaltung, Themen regelmäßig einzubringen und dadurch zu vermeiden, dass durch den Wegfall von Sitzungsterminen die nächst folgende Sitzung durch die Vielzahl von Themen und Länge der Tagesordnung zur „Mammutsitzung“ wird. Denn dies birgt die Gefahr, den einzelnen Themen inhaltlich nicht mehr vollumfänglich gerecht werden zu können.

Weitere Begründungen ggf. mündlich in der Sitzung.

Für die Grüne Ratsfraktion

Ute Hansing-Held, Dagmar Allmendinger